

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 1

Artikel: Um die Planwirtschaft
Autor: Leuenberger, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

unsern Arbeitern die Wohltaten des Fabrikgesetzes anzupreisen; wir wenigstens möchten keinem dies Experiment anraten."

Und heute! Man wird fragen, welche Absicht mit dieser rückwirkenden Betrachtung des Werdens des eidgenössischen Fabrikgesetzes verfolgt wird. Den einen der Gründe haben wir schon dargelegt. Darüber hinaus aber mögen diese Reminiszenzen alle die beruhigen, die die heutigen Klagen ernst zu nehmen sich anschicken.

Alle die Prophezeiungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Industrie ist nicht vernichtet worden, sondern hat im Gegenteil unter dem Fabrikgesetz von 1877 lange Jahre der Blüte erlebt. So sind auch heute die Argumente einzuschätzen. Sie sind der Ausfluss ärgerlichen Neides oder aber der vergeblichen Hoffnung, mit solchen Mitteln unrettbar verlorene goldene Zeiten noch eine Weile halten zu können.

Der Kampf um den Achtstundentag ist in erster Linie ein Stück der großen Kulturbewegung zur Befreiung des Menschen von der Sklaverei der Arbeit im Dienst des Kapitals.

Um die Planwirtschaft.

Von Emil Leuenberger.

Im Frühjahr 1919 nahm der damalige deutsche Reichswirtschaftsminister und frühere Arbeitersekretär Rudolf Wissell die Gedanken Rathenaus über neue, bessere Wirtschaftsformen auf. In seinem Projekt für eine planmäßige Volkswirtschaft (in der Folge kurz Planwirtschaft genannt) suchte er ihnen praktische Gestalt zu geben. Allein er fand weder hüben noch drüben, weder bei der Arbeiterschaft noch bei den Unternehmern, Verständnis dafür. Die Arbeiterschaft lehnte das Projekt ab, weil es nicht die geforderte Sozialisierung brachte; und die Unternehmer, weil die damit verbundenen Eingriffe in ihre Rechte und Freiheiten unerträglich seien.

Heute, nach drei Jahren, ist noch nicht einmal der Kohlenbergbau sozialisiert, obwohl er längst dazu reif war. Für andere Industrien wird von der Sozialisierung kaum noch gesprochen. Die Frage drängt sich je länger desto mehr auf, ob nicht Wissell doch recht hat, daß der Weg über die Planwirtschaft der sicherste zur Sozialisierung sei.

Und die Unternehmer haben sich ganz umsonst gegen die Eingriffe in ihre vermeintlichen Rechte gewehrt. Die Stinnesierung, Kartellierung und Vertrustung beschneidet ihre Rechte und Freiheiten in nicht geringerem Maße; der forschreitende Kapitalisierungsprozeß enteignet und proletarisiert fortwährend die Schwächeren. Die Entwicklung geht in allen Fällen über sie hinweg. Der Unterschied ist nur der, daß heute die Konzern- und Trustherren die Nutznießer sind, während bei der Planwirtschaft den Profithänen die Beute gesperrt und dafür die gesamte Volkswirtschaft gefrägtigt würde. Freilich, der Volkswirtschaft freiwillig das zu geben, was man gezwungenermaßen einem Zirkel von Privaten opfert, dazu reicht der Patriotismus nicht aus.

Rudolf Wissell, heute nicht mehr Minister, hält nach wie vor mit Energie an seinem Projekt fest und tritt unerschütterlich in zahlreichen Reden und Schriften dafür ein. (Siehe u. a. „Praktische Wirtschaftspolitik“ und „Kritik und Aufbau“, Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau.) Neuerdings kommt er mit einer sehr beachtenswerten Schrift an die Öffentlichkeit: „Eine Planwirtschaft fein Aufbau“, Band 1 der Sammlung „Gemeinschaftskultur“, Verlag Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart. In dieser kleinen Schrift von 80 Seiten legt er in knappen Zügen das Wesen der heutigen kapitalistischen Profitwirtschaft dar und zeigt, wie diese wilde Anarchie überwunden und die ganze Produktion planmäßig geleitet werden könnte.

Das Wesen der Planwirtschaft.

Der Vorschlag Wissells ist auch für die Schweiz des ernstesten Studiums wert. Wir wollen darum versuchen, in knappester Form ihn hier zu skizzieren. Zum genaueren Studium der Frage verweisen wir auf die erwähnten Schriften, namentlich die letztnannte.

Die erste Voraussetzung für planmäßige Produktion ist Organisation; Organisation der Unternehmer wie der Arbeiter. Freiwillige Organisation, wenn die Einsicht groß genug ist, Zwangsorganisation, wenn die Einsicht nicht zur Freiwilligkeit ausreicht.*). Alle Unternehmungen derselben Branche schließen sich zu Fachverbänden zusammen und geben sich eine Verbandsleitung. Die Aufgaben dieser Verbände und ihrer Leitungen sind technischer und kaufmännischer Art; folgende seien hier genannt:

Regelung der Produktion nach dem Bedarf,
Beschaffung der Rohstoffe,
Organisierung und Regelung der Ein- und Ausfuhr,
Zentralisation des Verkaufs, gemeinsame Vertretungen im Ausland,
Gemeinsame Versuchsanstalten,
Einheitliche Kalkulation und Buchführung,
Neutrale Preisfestsetzungen,
Gemeinsame Kapital- und Kreditbeschaffung,
Zentralisation des Rechtsschutz- und Patentwesens,
Fürsorge für die Arbeitskräfte und die Arbeitslosen der Branche.

Eine der Hauptaufgaben ist naturgemäß die erstgenannte, die Regelung der Produktion. Es soll nicht mehr für einzelne Artikel

*) Die Frage obligatorischer Berufsgenossenschaften wurde schon auf dem Schweizerischen Arbeitertag 1890 diskutiert. Siehe darüber das Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeitertages am Ostermontag, 7. April 1890 in Olten. Anträge wurden gestellt von Nationalrat Cornaz und Arbeitersekretär Greulich. Es wurden bezügliche Beschlüsse gefaßt, sie konnten aber nicht verwirklicht werden, weil das Verständnis noch zu gering war. Heute, nach 30 jährigem Aufstieg der Organisationen, nach den gewerkschaftlichen Kämpfen und nach den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit dürfte das Verständnis dafür ein ganz anderes sein.

Überproduktion eintreten, während für andere die Produktion weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Zu diesem Zwecke hat jede Unternehmung der Leitung periodisch Mitteilung zu machen über Art und Menge der Produktion, Lagerbestand, Absatzmöglichkeiten usw. Auf Grund der so gewonnenen Übersicht gibt die Leitung den Unternehmungen Anleitung, wenn die Produktion des einen Artikels einzuschränken, die des andern zu fördern ist.

Statt daß jedes einzelne Unternehmen Dutzende von Typen auf den Markt bringt, soll die Produktion auf wenige erprobte Typen beschränkt und jedes Unternehmen nur für bestimmte Arten eingerichtet werden. Die *R u v e r t m a s c h i n e n f a b r i k a n t e n* sind in dieser Richtung bereits aus eigener Initiative vorbildlich vorgegangen. Sie haben sich zusammengeschlossen und jedem Beteiligten eine bestimmte Art der vor kommenden Aufträge zugewiesen, die in der Folge nur er und kein anderer ausführt. Wohl nimmt jede Fabrik alle Aufträge entgegen, aber sie leitet dieselben an die Zentralstelle weiter, und diese leitet sie an dasjenige Mitglied, dem die betreffende Art der Aufträge zugeteilt ist. Die einzelne Fabrik erstellt also nicht mehr alle möglichen und unmöglichen Maschinen, sondern nur eine ganz bestimmte Art, und für diese Art richtet sie sich speziell und äußerst zweckmäßig ein. Die *r a t i o n e l l s t e n e r p r o b t e n M e t h o d e n* sollen nicht mehr als *G e h e i m n i s s e* behütet, sondern möglichst überall angewendet, die *W u n d e r w e r k e d e r T e c h n i k* sollen Gemeingut werden. So werden die Erzeugungskosten erheblich reduziert, die Preise können herabgesetzt, der Absatz und die Arbeitsaufträge vermehrt werden.

Was die *R u v e r t m a s c h i n e n f a b r i k a n t e n* getan haben, das müßten dem Wesen nach alle Erzeugerverbände tun. Mit dieser Typisierung und Spezialisierung würde auch die Qualität gesteigert, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bedeutend erhöht.

Die übrigen genannten Aufgaben bedürfen hier kaum weiterer Erläuterungen. Ein Teil von ihnen ist identisch mit denjenigen, die sich Kartelle, Syndikate, Ringe gesteckt haben, freilich aus andern Motiven. War dort der Zweck die Beseitigung der Konkurrenz, möglichste Ausbeutung der Konsumenten, Steigerung des Profits, so wird hier die Regelung und Steigerung der Produktion im Interesse der gesamten Volkswirtschaft angestrebt. Die Produktion und die Güterverteilung sollen nicht mehr ausschließlich von den Profitmöglichkeiten abhängen, sondern sie sollen nach den Bedürfnissen des Volkes geleitet werden. In den Leitungen der Fachverbände sollen sowohl die Arbeiter wie die Konsumenten eine Vertretung haben. Durch neutrale Preisfestsetzungen unter Mitwirkung von Konsumentenvertretern sollen diese die Gewißheit bekommen, daß die ange setzten Preise den wirklichen Erzeugungskosten entsprechen, daß Wucherpreise und Konjunkturgewinne ausgeschaltet sind. *D a m i t s o l l d i e U n s i c h e r h e i t u n d S p e k u l a t i o n a u f d e m W a r e n m a r k t b e s e i t i g t*, das Vertrauen gefestigt, der Absatz und die Produktion stabilisiert werden.

Also nicht Monopolzwecke um des Profites willen dürfen die Fachverbände verfolgen; sie sollen nicht eine Autokratie, sondern eine Demokratie sein. Sie würden gewissermaßen zu Organen der Volkswirtschaft, obwohl die Privat- und Erfolgswirtschaft noch nicht beseitigt, das Gewinnstreben innerhalb bestimmten Schranken nicht verunmöglicht ist.

Nur zur letzten genannten Aufgabe sei noch ein Wort gesagt. Jeder Berufsverband hätte für seinen Bereich das Lehrlingswesen zu regeln, für geeignete Berufsausbildung zu sorgen und seine Arbeitslosen selber zu erhalten. Bei gutem Geschäftsgang wären zu diesem Zwecke Reserven anzulegen, bei knappen Aufträgen zuerst die Arbeitszeit allgemein entsprechend zu kürzen, um Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden. Die Verpflichtung für jeden Berufsverband, für die Unterstützung seiner Arbeitslosen selber auskömmlich zu sorgen, wäre das natürliche Korrektiv zu den Tendenzen der Unternehmer, möglichst viele Lehrlinge heranzubilden und Arbeiter zuzuziehen, die dann durch die Konkurrenz der Arbeitskräfte lohndrückend wirken sollen.

Die Bezeichnung „Berufsverbände“ darf selbstredend nicht zu enge aufgefaßt werden. Wo es sich um Fabrikationsbetriebe oder um Industrien handelt, die mehrere Berufe umfassen, müßte logischerweise immer der Industrieverband an die Stelle des Berufsverbandes treten.

Die jüngste Wirtschaft.

Darüber muß zur Begründung und zum besseren Verständnis einiges gesagt werden. Wissell weist in seinem Buche darauf hin, daß die Volkswirtschaft schon einmal staatlich geregelt war. Freilich nur nach Klein- und Zwergstaaten oder auch nur für bestimmte Städte. Das war die Zeit des *Merantilismus*, als man nur nach äußerem Reichtum trachtete und glaubte, recht viel Ausfuhr bei wenig Einfuhr bedeute Zunahme des Reichtums und der Wohlfahrt. Auf diesen einseitigen Zweck waren die staatlichen Vorschriften eingestellt. Man suchte möglichst viel zu produzieren und auszuführen. Dann kam *Adam Smith*, der erklärte, nur das persönliche Interesse, nur der Eigennutz vermöge Anspannung aller Kräfte, vermöge Höchstleistungen in der Produktion hervorzubringen. Das gab die Grundidee für die Bestrebungen der *Physiokraten*, die den Grundsatz vom *laissez faire, laissez passer* propagierten, d. h. jeder Handwerker oder Unternehmer solle vollständig frei schalten und walten, der Staat solle sich in seine Angelegenheiten nicht einmischen. Von diesen Bestrebungen war es nicht mehr weit bis zum *Manchettum*, das jeden Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben verwarf und vom Staat nur noch Schutz vor den Ansprüchen der Arbeiter (Koalitionsverbote) und Schutz des persönlichen Eigentums verlangte. Das gab Lassalle Anlaß zu dem spöttischen, aber treffenden Auspruch, der Staat sei der Nachtwächter des Kapitalismus.

Aber nun tastet der Kapitalismus selbst die Freiheit seiner Beschützer, der Unternehmer an, von der Freiheit der Arbeiter gar nicht

zu reden. Kartelle, Ringe, Syndikate, Trusts werden notwendig und schränken die Freiheit des Einzelnen immer mehr ein. Der Kapitalismus hat eigene Gesetze. Gewerbefreiheit bedeutet Konkurrenzkampf, Kampf um Sein oder Nichtsein. Dabei entscheidet nicht immer die Tüchtigkeit, sondern sehr oft der größere Geldsack. Konzentration des Kapitals, Enteignung und Proletarisierung des Schwächeren sind zwangsläufige Folgen, ist der von Marx gezeichnete Entwicklungsgang des Kapitalismus, der zum Sozialismus führen muß.

Allein für ein geschwächtes, armes Volk wie Deutschland sind die brutalen Aus- und Nebenwirkungen des Kapitalismus ungeheuer schmerhaft und lärmend. Denn die Produktion ist eine ganz anarchistische, planlose. An manchen lebenswichtigen Produkten leidet das Volk großen Mangel, während für andere eine sinnlose Überproduktion vorhanden ist. Das Kapital wendet sich immer der Produktion derjenigen Ware zu, die gerade am meisten Profit verspricht, ohne zu beachten, daß auch andere dasselbe tun. Nun wird drauflos produziert, viel mehr als das Volk bei seiner Armutlichkeit und den schlechten Löhnen konsumieren kann. Absatzstörungen, Arbeitslosigkeit, Teilkrisen, Konkurse, Verschleuderung der Waren sind notwendige Folgen. Auch ins Ausland wird viel verschwendet zu anscheinend hohen Marktpreisen, in Wirklichkeit aber zu Beträgen, die weit unter den Weltmarktpreisen und auch weit unter den Preisen stehen, die zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig sind. Die bezahlten Arbeitslöhne haben nur noch einen Bruchteil ihres früheren realen Kaufwertes und sind zur Erhaltung der Arbeitskraft absolut unzureichend. So ruiniert Deutschland seine Arbeitskraft und verarmt immer mehr.

An andern, lebenswichtigen Waren aber herrscht oft großer Mangel. Dann gehen die Preise sprunghaft in die Höhe, es müssen Wucherpreise, „Konjunkturgewinne“ bezahlt werden. Abgesehen von der Ausbeutung der Volksnot wird damit eine Unsicherheit, eine Anarchie, eine Spekulation auf dem Warenmarkt erzeugt, die eine Gesundung der Volkswirtschaft unmöglich macht. In beiden Fällen, beim Überangebot wie beim Unterangebot, ist eine gesunde, den wirklichen Erzeugungskosten entsprechende Preisbildung unmöglich. Immer wird die Notlage des anderen rücksichtslos ausgenutzt.

Das falsche (Papier-)Geld, mit dem das Manövriert werden muß, ist ein Giftmittel, mit dem die Herzaktivität künstlich aufgepeitscht wird — auf Kosten anderer Organe. Nicht wirkliche Werte, nicht vermehrte Güter, sondern nur Kredite müssen dem Papiergegeld als Deckung dienen. Kleine Sparer, Rentner und Pensionierte kommen durch die Geldentwertung unrettbar unter die Räder, sie werden kauf- und konsumationsunfähig.

Auf all das nimmt die wilde Profitwirtschaft keine Rücksicht. Mit neuen Mustern, mit größerer Vielseitigkeit der Typen, mit unerhört raffinierten Methoden der Reklame wird versucht, die Konkurrenz zu überflügeln und die Kauflust anzuregen. Damit werden aber die

Erzeugungs-, Verschleiß- und sonstigen Unterkosten ins Ungemessene erhöht. In seiner Schrift „Die neue Wirtschaft“ sagt Rathenau darüber:

„... Wenn wir Hunderte von Millionen für Puz, Tand, Schaustellung opfern, wenn Zehntausende von kräftigen Männern in einer Großstadt hinter Ladentischen lauern, wenn Hunderttausende Jahrein, jahraus auf der Eisenbahn liegen, um den Konkurrenzkampf von Handelsgeschäften auszufechten, mit dem Ergebnis, daß jede Firma am Jahresende nicht viel mehr und nicht viel weniger verkauft hat als im Vorjahr —, so handelt es sich nicht um einen bloßen Verlust an nationaler Ersparnis, sondern um eine Misleitungen des gesamten Produktionsvorganges, durch die ins Ungemessene Kräfte, Materialien vergeudet, Arbeitsmittel gesperrt, die Erzeugungskosten verteuert und äußere Wettbewerbskräfte verringert werden.“

„... Wir lächeln über den Scherz, es wolle jemand eine Kanone kaufen, um sich selbstständig und vom Heeresdienst unabhängig zu machen; es fällt niemand ein, eine Hauptbahnhstrecke oder ein Telegraphennetz für sich zu verlangen oder ein eigenes System privater Gerichtsbarkeiten zu gründen; von der Wirtschaft aber wird ungeprüft als ausgemacht angenommen, daß sie, von der unser Wohlstand und Gedeihen, unsere Zivilisation und Geltung abhängt, nicht anders als zügellos, auf dem Boden des freien Wettbewerbs und bürgerlichen Kampfes bestehen könne. Daß auch sie der planvollen Ordnung, der bewußten Organisation, der wissenschaftlichen Durchdringung und der solidarischen Verantwortung fähig ist, daß sie unter diesen ordnenden Kräften und Gesetzen das Vielfache von dem zu leisten vermag, was heute der ungeregelte Kampf aller gegen alle erpreßt, daß sie den unteren Schichten nicht ewige Fehde, sondern freie Mitarbeit zu bieten hat, das wird die Betrachtung des neuen Aufbaues erweisen.“

Und in seinem Buche: „Von kommenden Dingen“ sagt der gleiche Verfasser: „Wirtschaft ist nicht Privatsache, sondern Gemeinschaftssache, nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Absoluten, nicht Anspruch, sondern Verantwortung.“

Bei planmäßig geleiteter Produktion, bei gegenseitiger Verständigung und Spezialisierung könnten die Erzeugungs- und Verschleißkosten bedeutend reduziert, die Arbeitslöhne erhöht, die Kaufkraft gehoben, Absatz und Produktion vermehrt und zu letzterer alle verfügbaren Kräfte herangezogen werden. Den Spekulanten und Parasiten wäre der Nährboden entzogen. Daß diese Organisation auch für die Regelung und Gesundung des Exportes unendliche Vorteile bieten würde, liegt auf der Hand.

Mit der Zwangswirtschaft während des Krieges darf die Planwirtschaft nicht verwechselt oder verglichen werden. Jene war aus dem Zwang des Mangels geboren, hier aber soll jeder Mangel behoben werden.

Planwirtschaft und Sozialisierung.

Wer in das Wesen der vorgeschlagenen Planwirtschaft eindringt, der erkennt, daß sie geeignet wäre, das furchtbare Chaos der heutigen Wirtschaft zu beseitigen, die groben Störungen und Schädigungen durch die Profitsucht zu mildern. Das geben auch einsichtige Unternehmer zu. Von einer Sozialisierung ist sie aber noch weit entfernt.

Wissell selbst erklärt, daß sie nicht etwa als Ersatz für die Sozialisierung angesehen werden dürfe, wohl aber als ein Schritt dazu. Nach drei Richtungen hin eignet die Planwirtschaft der künftigen Sozialisierung den Weg.

1. Eine Sozialisierung ist so lange nicht möglich als die Arbeiterschaft nicht selbst das nötige Wissen, die Bildung und Sachkenntnis besitzt, oder in ihren Reihen die nötige Anzahl von tüchtigen Technikern, Ingenieuren, Betriebsleitern und sonstigen Fachleuten zählt, die gewillt sind, unter Verzicht auf alle Sonderinteressen nach dem Sinne und im Einverständnis des Proletariats die ganze Gütererzeugung und -verteilung zu leiten, und zwar besser zu leiten, als es der Kapitalismus bisher getan hat. Denn in der sozialisierten Gesellschaft muß bei kürzerer Arbeitszeit mehr, besser und billiger produziert werden als bisher, damit jeder Arbeiter in den Stand gesetzt werden kann, sich mit allen nötigen Gebrauchsgegenständen auszustatten und sich das Leben angenehmer zu gestalten. Dass die Arbeiterschaft diese technischen Fähigkeiten und Kräfte noch nicht besitzt, das haben die Ereignisse nach der Revolution in Deutschland in den Jahren 1918 und 1919 erschreckend klar bewiesen. Darum konnte ihr der Kapitalismus, das Unternehmertum so schnell das Heft wieder aus der Hand nehmen, deshalb verlor sie so bald die Macht wieder, die sie während einiger Wochen unumschränkt besessen hatte.

In seiner Schrift: „Der Weg zum Sozialismus“ (Verlag Trösch, Olten) weist Herman Greulich nach, daß es ein gewaltiger Irrtum ist, zu glauben, man brauche nur die Produktionsmittel in Gemeinschaft überzuführen, dann ergebe sich die sozialistische Wirtschaft von selber, „die Masse werde dann schon den Weg finden“, wie Bakunin einst sagte. Die Enteignung ist bei revolutionären Umwälzungen das Allerleichteste, nachher kommen erst die Schwierigkeiten. Wie unüberwindlich groß diese Schwierigkeiten in Rußland sind, das zeigt Greulich mit zahlreichen Zitaten von Lenin, Trotski und Varga. Nicht das Eigentumsrecht ist das wichtigste, sondern die Mentalität, das Wissen, die Kulturstufe der arbeitenden Massen! Weil in Rußland diese Voraussetzungen nicht vorhanden waren, wurde mit der Enteignung, mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die Produktion gelähmt, und zwar so, daß jetzt, nach fünf Jahren, zur Behebung dieser Lähmung wieder — westeuropäischer und amerikanischer Kapitalismus zu Hilfe gezogen werden muß. Das Kind wurde mit dem Bade ausgeschüttet.

Wissen ist Macht. Die Arbeiterschaft muß sich Wissen und Fähigkeiten zur Sozialisierung erwerben. Dazu braucht sie den Achtstundentag, dazu braucht sie Einblick in die Betriebsleitungen. Das Betriebsrätegesetz hat für Einzelbetriebe einen Weg gebahnt; die Planwirtschaft soll, neben einer Hebung der Kulturstufe, der Arbeiterschaft durch Vertretungen in den Leitungen der Berufsverbände Gelegenheit geben, auch für die Ober-

Leitung von Industrien ihr Wissen zu erweitern und ihre Fähigkeiten zu befriedigen.

2. Wenn die Arbeiterschaft unter Sozialisierung mehr an die Überführung der Besitzesrechte vom Privateigentum in Gemeineigentum und weniger an eine zweckmäßige Gütererzeugung und -vermittlung denkt, wenn ihr also der Besitzwechsel als die Hauptfache, als das Merkmal der Sozialisierung erscheint, so bewegt sie sich unbewußt im anerzogenen Grundgedanken des Kapitalismus, wonach das Eigentumsrecht seinem Besitzer auch das unbeschreinbare Verfügungsrecht sichert. „Mit meinem Besitz kann ich machen was ich will.“ Das ist der Grundgedanke allen kapitalistischen Geschehens. Erst während dem Kriege hat darüber in der öffentlichen Meinung ein Wandel begonnen. Man begann es „immoralisch“ — ungesetzlich war es nicht — zu finden, wenn ein reicher Prok seinem wohlgepflegten Hunde Beefsteaks oder Cotelettes geben ließ, während daneben ein Proletarier kaum das trockene Brot zu essen hatte. Unter dem Drucke der Not wurden die Wuchergesetze auch auf übermäßige Handelsgewinne ausgedehnt; wir bekamen Mieterschutzgesetze, womit das freie Verfügungsrecht über Liegenschaftenbesitz eingeschränkt wurde; wir bekamen die Rationierung, die dem Reichen nicht mehr gestattete, nach Maßgabe seines Besitzes Lebensmittel zusammen zu raffen. Das „Hamstern“ wurde gebrandmarkt.

Aber es wird im Volksbewußtsein noch kaum als „immoralisch“ empfunden, daß es heute noch ganz im Belieben einer kleinen Gruppe von Leuten steht, oder sogar im Belieben eines einzelnen Mannes, der zufällig im Besitz der Produktionsmittel ist, zu bestimmen, ob etwas produziert werden darf oder nicht, ob hunderte von Arbeitern schaffen können oder ob sie arbeitslos sein sollen. Kraft seines Besitzes, nicht seiner Intelligenz, gebietet dieser Mann über das Wohl und Wehe von hunderten und tausenden von Mitmenschen. Sein Handeln aber wird einzig und allein bestimmt durch die Überlegung, auf welche Art sich für ihn am meisten Profit erzielen lasse. Nicht vom Besitzesrecht selber, sondern von der heute noch damit verbundenen Verfügungswalt kommt das Unheil. Natürlich kann der Reiche sich auch alle Genüsse kaufen, sich von allen Pflichten loskaufen, aber das interessiert uns in diesem Zusammenhange weniger als seine Macht über die Volkswirtschaft und über die Mitmenschen. Walter Rathenau, der kein Sozialist war, der im Gegenteil den Marxismus ablehnt, hat diese Schäden erkannt und sie in seinem Buche „Von kommenden Dingen“ scharf gezeichnet. Er schreibt u. a.:

„Überblickt man diese Unendlichkeit der Bindung, der Verschuldung und Verpflichtung, so bleibt kaum begreiflich das Maß der wirtschaftlichen Freiheit, das dem Einzelnen belassen wird. Er kann für die Gemeinschaft, der er alles schuldet, arbeiten so viel oder so wenig er will, er kann diese Arbeit frei wählen, so nützlich oder überflüssig sie sein mag, er kann das, was als Eigentum ihm zugestanden ist, missbrauchen, verderben, vernichten; er kann von der Gemeinschaft die Garantie seines Besitzes, ja selbst die Fürsorge für die Maßnahmen seines erstorbenen Willens verlangen. — Eine kommende Zeit wird schwer begreifen, daß der Wille eines Toten die Lebenden hand, daß ein Mensch besugt war, Meilen irdischen Landes abzusperren; daß er ohne staatliche Ge-

nehmigung Necker brachlegen, Bauten vernichten oder aufführen, Landschaften verstümmeln, Kunstwerke beseitigen oder schänden konnte, daß er sich berechtigt hielt, jeden beliebigen Teil des Gesamtvermögens durch geeignete Geschäfte an sich zu bringen und, sofern er einige Abgaben zahlte, nach Gutdünken zu verwenden, jegliche Zahl von Menschen zu beliebiger Arbeitsleistung in seine Dienste zu nehmen, jegliche Geschäftsform zu praktizieren, jeden noch so unsinnigen Aufwand zum Schaden des Gesamtvermögens zu treiben, solange er im zahlenmäßigen Verhältnis zu seinen Mitteln blieb."

An anderer Stelle in seinem Buche sagt Rathenau, daß die drei Wirkungsformen des Vermögens, das Unrecht auf Genuss, das Unrecht auf Macht und das Unrecht auf Verantwortung getrennt werden müssen. Lloyd George sagte in einer Wahlkampagne, daß derjenige, der zu einem Betriebe das Capital liefert, derjenige, der den Verstand und das Wissen bringt (Betriebsleiter), und derjenige, der die Arbeit liefert, gleiche Rechte haben sollen. Die Arbeiterschaft hat also schon nach dieser bürgerlichen Auffassung ein natürliches Mitbestimmungsrecht. Mag der Besitzer einstweilen sein Besitzesrecht behalten, mag ihm sogar eine gewisse Verzinsung dafür zugesichert werden, aber er soll nicht mehr das alleinige Verfügungssrecht über die Produktionsmittel haben. Die Vertreter der Arbeiter, der Konsumenten, der Volkswirtschaft sollen auch mitbestimmen. Die Gütererzeugung und -verteilung, die Beschaffung von Arbeit und Verdienst, die Sicherung der Lebensmöglichkeit des Volkes, die Regelung der Volkswirtschaft, das sind Aufgaben, die das ganze Volk angehen, nicht nur die Fabrikanten und ihre Profitinteressen.

Das Verfügungssrecht des Besitzes ist also zu beschränken, teilweise abzulösen. Davon geht der Wirtschaftsplan Wissells aus. Er will die Erkenntnis in die Tat umsetzen. Damit würde sie weitesten Volkskreisen zum Bewußtsein gebracht. Ist sie aber einmal ins bewußte Volksdenken übergegangen, dann ist auch für die Ablösung des Besitzes, für die Sozialisierung, der Boden geebnet.

3. Schaue jeder für sich, dann ist allen geholfen. Das ist Grundsatz der privatkapitalistischen Wirtschaft. Kampf aller gegen alle mit all der Vergeudung von Kräften und Mitteln in diesem gegenseitigen Kampfe. Daraus kann der Starke sogar das Recht ableiten, den Schwachen auszubeuten. Egoismus wird zur Tugend. Wohin das führt, braucht nicht weiter erläutert zu werden. Das Chaos unserer Zeit ist ein fürchterliches Exempel.

Aber das ist nicht die Urnatur des Menschengeschlechtes, es ist ihm anerzogen, ein schlechter Instinkt wurde großgezogen. Peter Kropotkin zeigt in seinem Buche von der gegenseitigen Hilfe, daß nicht gegenseitiger Kampf, sondern gegenseitige Hilfe die natürliche Veranlagung des Menschen war. Eine sozialistische Gesellschaft ist natürlich nur möglich auf Grund des Gemeinschafts-Denkens und der gegenseitigen Hilfe. Sie ist gar nicht dauernd denkbar, so lange der

anerzogene Egoismus das Handeln der Menschen beherrscht. Dieser Egoismus muß also bekämpft, überwunden werden. Bereits haben die Gewerkschaften in dieser Richtung bedeutende Erfolge erzielt durch die Pflege der unbedingten Solidarität. In seiner schon erwähnten Schrift „Der Weg zum Sozialismus“ sagt Greulich darüber:

„Die sittlichen Anforderungen der großen Religionsstifter werden von den religionslosen Arbeitergemeinschaften erfüllt mit ihren großartigen Hilfs-einrichtungen: die Hungrigen werden gespeist, die Nackten werden bekleidet, die Flüchtlinge werden beschützt und die Gefangenen werden besucht und getrostet. Es ist ein großer Idealismus, der schlechtgestellte Proletarier dazu bringt, von ihrem kargen Lohn die Mittel dafür zusammenzubringen. — Und da dieser Idealismus zugleich das Ideal einer bessern Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in die Herzen von Hunderttausenden, ja international von Millionen hineinträgt, wird er sicherlich auch aus diesen Herzen den individuellen Egoismus sowohl wie den Gruppen- und Klassenegoismus hinausdrängen und an dessen Stelle die Denk- und Willensrichtung hineintragen, welche den Aufbau einer bessern Zukunftsgesellschaft ermöglicht.“

Aber die Resultate dieser Bestrebungen der Organisationen sind eben nur bei der organisierten Arbeiterschaft wirksam. Auch da kommt die Planwirtschaft zu Hilfe, indem sie durch das ganze Wesen ihrer Organisation zum Gemeinschafts-Denken erzieht.

Nach diesen drei Richtungen hin: Förderung der Bildung, des Wissens und der Sachkenntnis, Förderung der Erkenntnis, daß die Volkswirtschaft Sache des ganzen Volkes sein muß, und Förderung des Gemeinschafts-Denkens, ist die Planwirtschaft zweifellos bahnbrechend für die Sozialisierung. Von dieser Seite betrachtet, bekommt sie für die Freunde der Sozialisierung ein anderes Gesicht. Sie kann nicht mehr als eine Verankerung des Kapitalismus mit Hilfe der Arbeiterschaft hingestellt werden; im Gegenteil, sie erschüttert die wichtigsten Positionen des Kapitalismus. Und wer sie ablehnt, der leistet in Wirklichkeit den größten Dienst dem Kapitalismus.

In den Einzelheiten und in der Begründung Wissells ist gewiß mancher Punkt, der zu Widerspruch und Kritik herausfordert. Aber es wäre falsch und ungerecht, wegen Nebensächlichkeiten sich vom Hauptgedanken abdrängen zu lassen.

* * *

Als nach Kriegsschluß, in den Jahren 1919 und 1920 die Frage der Arbeiterräte, Betriebsräte und Wirtschaftsräte im Vordergrunde stand, haben wir uns mit Organisationsfragen für solche Institutionen befaßt und für unsere schweizerischen Verhältnisse nebst Betriebsräten Industrieräte in Aussicht genommen, die an der Spitze der zusammengefaßten Industriegruppen stehen sollten. Ohne die Vorschläge Wissells zu kennen, haben wir uns die Aufgaben dieser Gruppen ähnlich gedacht. Andere Ereignisse haben sich dann überstürzt. Aber wenn einmal die Arbeiterschaft ihre Depression überwunden und die

sofortige Erreichung des „Endziels“ als Täuschung, als arge Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse erkannt hat, dürfte auch die Zeit gekommen sein, solche Vorschläge ernstlich zu prüfen.

Unsere schweizerischen Unternehmer jammern über viel zu hohe Produktionskosten und machen die Arbeitslöhne dafür verantwortlich, die sie um jeden Preis abbauen wollen. Die Einsichtigeren unter ihnen geben aber zu, daß an diesen hohen Kosten in erster Linie schuld sind die Zerfahrenheit und Anarchie, wo jeder Unternehmer mit ungeeigneten Einrichtungen alles mögliche und unmögliche produzieren zu müssen glaubt, wo die Vertriebskosten weitere ganz unverantwortliche Summen verschlingen. Bei einer planmäßigen Produktion, bei einer Verständigung, einer Normalisierung und Spezialisierung könnten die Erzeugungs- und Vertriebskosten ganz gewaltig reduziert, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verbessert werden.

Drei Jahre schweizerische Politik.

Von Ernst Nobs.

Seit den dreiviertelhundert Jahren, in denen wir ein schweizerisches Parlament haben, ist dieses Parlament in keiner einzigen Wahlperiode so stramm rückwärts marschiert wie in der letzten, die diesen Herbst zu Ende geht. Die Zeitverhältnisse brachten es mit sich, daß das erste Proporzparlament gleichzeitig auch das verhältnismäßig reaktionärste Parlament war, und der vorzeitig, nach zweijähriger Amtsdauer abgedankte letzte Majorznationalrat nicht der schlechteste, hatte er doch — eine seiner letzten Taten — am 27. Juni 1919 die Einführung der 48-Stundenwoche mit Einstimme beschlossen.

Das zeigt, daß die Frage der Wahlart bei dieser Betrachtung völlig ausscheidet. Der Nationalrat 1919 bis 1922 war nicht darum, sondern trotzdem er aus der Verhältniswahl hervorgegangen war, über alle Maßen rückständig. Hätte an seiner Stelle ein aus der Majoritätswahl gebildeter Rat gestanden, wären die Beschlüsse vielfach noch schlimmer ausgefallen.

Die Ursache für den so außerordentlich deutlich sich zeichnenden Rückgang liegt in dem Zusammentreffen zweier Umstände, die beide auf unsere politische Entwicklung im gleichen Sinne einwirkten: Die große Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit und der in vielen früheren Machtstellungen geradezu katastrophale Zerfall der bis anhin herrschenden gewesenen und über eine absolute Parlamentsmehrheit verfügenden freisinnig-demokratischen Partei.

Es war zu allen Zeiten so, und Karl Marx belegt diese Erscheinung des kapitalistischen Zeitalters mit ergreifenden Tatsachen, daß die Seiten der Wirtschaftskrise von der besitzenden Klasse dazu